

10./XII. 1917

### Die polnische Frage.

Aus Berlin und Wien liegen heute amtliche Verlautbarungen vor, die Licht in die nebelhaften Gerüchte der letzten Tage bringen und der polnischen Frage vieles von ihrer nervenerregenden Aktualität benehmen. Eine Mitteilung des Wiener Auswärtigen Amtes stellt fest, daß bei den letzten Berliner Beratungen auch die polnische Frage besprochen, und zwar pflichtgemäß besprochen wurde, da die leitenden Staatsmänner der verbündeten Mächte die Erledigung aller großen Probleme, die aus dem Krieg erwachsen sind, vorzubereiten haben. Die Erklärung stellt aber fest, daß über das Ergebnis der Berliner Konferenzen durchaus unbegründete Darstellungen verbreitet wurden und daß insbesondere Graf Czernin keinerlei Schwärzung in seiner Politik vollzogen habe. **Erinnert man sich**

der aufsehenerregenden, monumentalen Rede, worin der Minister des Aeußern seine Gedanken über das künftige Verhältnis der europäischen Nationen und über die Möglichkeiten eines dauernden Friedens entwickelt hat, so kann diese Versicherung nur mit warmer Befriedigung aufgenommen werden. Denn sie bezeugt, daß die Leitung unsrer äußeren Angelegenheiten auch in der polnischen Frage keinen Weg einzuschlagen gedenkt, der von dem Ziel eines baldigen ehrenvollen Friedens ablenken und eine Verlängerung des Krieges herbeiführen könnte. Noch wichtiger ist die weitere Erklärung, daß, wenn Polen am Tage des Friedensschlusses den Wunsch ausspricht, einen engeren Anschluß an die österreichisch-ungarische Monarchie zu suchen, kein Grund vorhanden sein werde, das Königreich von uns abzustossen. **Somit wird zweierlei festgestellt: die**

Form, in der sich gegebenenfalls Polens Anschluß an die österreichisch-ungarische Monarchie vollziehen würde, bleibt derzeit noch offen, es ist kein unwiderrufliches Präjudiz geschaffen, alle Wünsche und Bedenken, die im Anschluß an die bisherigen unverbürgten Meldungen laut geworden sind, können erwogen und nach Maßgabe ihrer Berechtigung beachtet werden. Der weitere Hinweis auf den Zeitpunkt des Friedensschlusses besagt, daß eine überstürzte Behandlung der Angelegenheit ausgeschlossen ist, und zerstreut insbesondere jene Besorgnisse, die hinsichtlich der Wirkung auf Rußland aufgetaucht sind. Denn gewiß liegt es auch in der Absicht der verbündeten Zentralmächte, die schwerwiegenden Ereignisse, die sich gegenwärtig in Rußland vollziehen und die zweifellos die Aussichten des Friedens verstärkt haben, in ihrer Wirkung nicht zu beeinträchtigen und nicht eine Tat zu setzen, die den deutlich sichtbar werdenden Friedenswillen des russischen Volkes abschwächen könnte. Auch die aus Berlin vorliegende Erklärung bestreitet, daß irgendeine endgültige Lösung der polnischen Frage bei den jüngsten Besprechungen herbeigeführt worden sei, sie stellt lediglich fest, daß die in der Presse aufgetauchten Nachrichten teils unrichtig, teils schief sind und daß die Beratungen fortgesetzt werden.

Ungefähr auf der gleichen Linie bewegten sich die Erklärungen, die der österreichische Ministerpräsident in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses abgab; sie empfingen aber ihren besonderen Gehalt durch dasjenige, was er über die Wahrung der verfassungsmäßigen Kompetenzen äußerte. Mit einer Bestimmtheit, die im Hause ersichtlich den besten Eindruck übte, erklärte Ritter v. Seidler, daß, falls in Zukunft das Königreich Polen eine Annäherung an die Monarchie suchen sollte, der ganze Komplex jener Fragen, die im legislativen Wege ausgetragen werden müssen, dieser Erledigung auch vorbehalten bleiben und der österreichischen Volksvertretung rechtzeitig und ohne Präjudizierung die Gelegenheit zur Stellungnahme geboten würde. Auch die hiebei in Betracht kommenden Nationalitäten würden in die Lage kommen, berechtigten Wünschen Gewicht zu verschaffen. Mit einer Festigkeit, in der auch eine persönliche Gefühlsnote angenehm durchklang, versicherte der Ministerpräsident, daß die Regierung stets und unter allen Umständen die Bestimmungen der Verfassung und die Rechte der Völker unverbüchlich zu wahren entschlossen ist. Damit war jedenfalls einer Besorgnis, die in den letzten Tagen am nachdrücklichsten geäußert wurde, der Boden entzogen.

Ungeachtet der amtlichen Mitteilungen über den Stand der polnischen Frage verlör die erregte Debatte, die gestern im Abgeordnetenhaus geführt wurde, teilweise ihre Grundlage. Immerhin war diese Auseinandersetzung nicht wertlos, denn sie hat ein Bild der Stimmungen und Anschauungen geboten, die in der österreichischen Volksvertretung vorwalten, und sie liefert den Staatsmännern der verbündeten Mächte ein Material, das sie bei der weiteren Beratung der Angelegenheit nicht übersehen werden. Es war vielleicht das hervorragendste Moment in der Debatte, daß sie einen tiefen Riß zwischen den slavischen Parteien Oesterreichs geoffenbart hat. Den Polen, deren Haltung von vornherein gegeben ist und deren Sprecher für eine Vereinigung Galiziens mit Polen eintrat, standen Tschechen, Südslawen und Ukrainer gegenüber, die aus